

Kommentar des Autors vom 21.03.2003

Für den Angriff der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak gibt es keine Rechtfertigung. Die amerikanische Behauptung, daß das Land Terroristen unterstütze, konnte genausowenig bewiesen werden, wie die Unterstellung, der Irak besitze weiterhin Massenvernichtungswaffen. Geradezu lächerlich erscheint die These, der Krieg diene der Verteidigung von Freiheit und Demokratie. Wie demokratisch das politische System der USA ist, haben die Präsidentenwahlen, die zum Einzug von George Bush ins Weiße Haus führten, nachdrücklich bewiesen. Und ist das Freiheit, wenn unter den nach dem 11. September 2001 beschlossenen Anti-Terror-Gesetzen Menschen schon deshalb interniert oder des Landes verwiesen werden können, wenn sie aus einem "terrorismusverdächtigen" Land stammen? Worin besteht der moralische Unterschied zwischen dem Anschlag auf das World Trade Center in New York und der Bombardierung von Saddam Husseins Palästen mitten in Bagdad? Beides sind Angriffe auf Symbole des jeweilig anderen Systems und töten doch nur unbeteiligte Zivilisten.

Daß es den Menschen im Irak heute so schlecht geht, ist neben der Politik des irakischen Diktators vor allem dem von den USA initiierten Embargo geschuldet, das Saddam Hussein treffen sollte, in Wahrheit aber nur die einfache Bevölkerung ins Elend gestürzt hat. Der Krieg verschärft das Leiden der Masse der Iraker, also derjenigen, zu deren Befreiung er angeblich geführt wird. Ein Leben unter einer Diktatur ist immer noch besser als Tod durch Bomben, die von "Demokraten" abgeworfen werden.

Der wahre Grund für den Angriff, der das Leben tausender unschuldiger Zivilisten fordern wird, läßt sich mit einem Wort benennen: Öl. Öl bedeutet Weltherrschaft. Die engen Verflechtungen der Familie Bush mit der Ölindustrie sind kein Geheimnis. Daß der Krieg aus wirtschaftlichen Erwägungen geführt wird, läßt sich auch aus steigenden Börsenkursen und dem fallenden Ölpreis nach Kriegsbeginn ableiten. Und schließlich kurbelt jeder Krieg die Konjunktur der lange Zeit darbenen Rüstungsindustrie an. Die Geschichte beweist jedoch, daß diese Logik zu kurz greift: deutsche Unternehmen haben im zweiten Weltkrieg hervorragend am Krieg verdient, diesen jedoch oft nicht überlebt. Dauerhafte und verlässliche Gewinne lassen sich nur im Frieden realisieren.

Die Popularität des Krieges in den USA läßt sich wohl vor allem dadurch erklären, daß die Masse der Bevölkerung ausschließlich über die Informationen aus den quasi gleichgeschalteten Massenmedien verfügt. Außerdem sind die Schrecken eines Krieges nicht im kollektiven Bewußtsein verankert, schließlich haben die Amerikaner seit dem Bürgerkrieg 1861-65 keinen bewaffneten Konflikt im eigenen Land mehr erlebt.

Um so wichtiger wäre es gewesen, daß ein vereintes Europa, in dem die Erinnerungen an zwei verheerende Weltkriege noch gegenwärtig sind, sich mit einer Stimme gegen diese Aggression gewandt hätte. Hier rächt sich auch die europäische Zustimmung zu bzw. Beteiligung an den völkerrechtswidrigen Militäraktionen gegen Jugoslawien und Afghanistan. Daß es keinen gemeinsamen europäischen Standpunkt gibt, zeigt, wie weit wir von der Vision der Vereinigten Staaten von Europa noch entfernt sind. Ein Land wie Großbritannien, das sich selbst als Juniorpartner der USA sieht und aktiv am Angriff teilnimmt, hat in einem vereinigten Europa genausowenig Platz, wie osteuropäische EU-Beitrittskandidaten, die willfährig die amerikanische Politik unterstützen oder die Türkei, die mit ihrer Kurdenpolitik eigene Ziele verfolgt und fortgesetzt gegen die Menschenrechte verstößt. Europas Rolle in einer künftigen Welt darf sich nicht darauf beschränken, die von den USA verursachten humanitären Katastrophen durch materielle Hilfeleistung zu mildern. Ein geeintes Europa muß seine wirtschaftliche, politische und (neu zu schaffende) militärische Macht zur Durchsetzung seiner Interessen - Frieden und Stabilität in der Welt - einsetzen.

Es genügt nicht, wenn die deutsche Bundesregierung erklärt, gegen diesen Krieg zu sein. Ehrliche Antikriegspolitik heißt, Streitkräften der Kriegscoalition Überflugrechte und die Nutzung deutscher Flugplätze zu verweigern und deutsche Soldaten aus den AWACS-Flugzeugen abzuziehen. Die Erfüllung von Bündnispflichten ist keine Rechtfertigung, diese notwendigen Schritte zu unterlassen, denn die Angriffe auf den Irak verstoßen auch gegen die NATO-Charta. (West-) Deutschland hat gegenüber den USA keine Dankesschuld abzutragen. Die Unterstützung des Aufbaus der Bundesrepublik geschah nicht aus humanitären Gründen, sondern allein zur Sicherung des ökonomischen und politischen Einflusses in der Mitte Europas.

Der Angriff auf den Irak ist ein weiterer Schritt der USA auf dem Weg zur Erlangung der Weltherrschaft (siehe dazu u.a. **SPIEGEL ONLINE**), an dessen Ende auch ein Krieg gegen das "alte" Europa stehen könnte. Deshalb:

Frieden für den Irak und die ganze Welt. Stoppt die US-Aggression!

Nachtrag vom 27.04.2003 zum obigen Kommentar

Die Argumentationslinie, die die USA zur Rechtfertigung des Krieges aufbauten, fällt zusammen wie ein Kartenhaus. Bisher konnten keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden. Und hätte es sie gegeben, wären sie angesichts der aussichtslosen Lage gewiß von Saddams Gefolgsleuten eingesetzt worden. Die Proteste gegen die US-Besatzung machen deutlich, daß die Iraker kein Interesse an "Demokratie" nach Art der USA haben. Es steht zu hoffen, daß es der irakischen Bevölkerung gelingt, nach dem alten auch das neue Joch abzuschütteln.